



Alternativantrag

der Fraktionen von FDP und SSW

zu „Freie Forschung kennt keine Grenzen – Wissenschaftsfreiheit verteidigen, transatlantisch denken“ (Drucksache 20/3312)

Für eine unabhängige und leistungsfähige Wissenschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zur Freiheit von Forschung und Lehre, die gemäß Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes gilt und vor staatlicher Einflussnahme auf die Forschung und die Lehrinhalte schützt. Sie ist damit eine zentrale Grundlage für wissenschaftliche Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und die freie Gesellschaft in unserem Land.

Die Wissenschaft ist eine Kernaufgabe des Landes und hat eine sehr wichtige strategische Bedeutung für die Entwicklung unseres Bundeslandes. Die Wissenschaftslandschaft des Landes braucht bessere Rahmenbedingungen, damit Spitzenforschung und internationale Kooperationen in Wissenschaft und Forschung noch stärker zur Entwicklung Schleswig-Holsteins beitragen können.

Der Landtag stellt fest, dass ideologisch motivierte Einschränkungen wissenschaftlicher Arbeit – unabhängig davon, ob sie von staatlichen Stellen oder gesellschaftlichen Gruppen ausgehen – eine ernsthafte Bedrohung für die intellektuelle Unabhängigkeit sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Forschung und Lehre darstellen.

Zur konsequenten Stärkung von Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein spricht sich der Landtag für folgende Maßnahmen aus:

- Die Wissenschaft muss als Kernaufgabe des Landes ein größerer Schwerpunkt im Landeshaushalt werden und die Grundfinanzierung der Hochschulen bis 2030 schrittweise so angehoben werden, dass sie dem bundesweiten Durchschnitt entspricht.
- Verzicht auf die Einführung einer neuen Verwaltungsgebühr für Studierende und stattdessen eine Absenkung der Verwaltungskosten an den Hochschulen.
- Verzicht auf politische Vorgaben wie z.B. Zivilklauseln.
- Keine Duldung von Antisemitismus, Islamismus oder Salafismus sowie jeglicher Form von Extremismus an den Hochschulen des Landes: Die Vorfälle während der diesjährigen ‚Islam-Woche‘ an der Christian-Albrechts-Universität müssen zum Anlass genommen werden, dass an allen Hochschulen in Absprache mit dem Wissenschaftsministerium geeignete Präventionsmaßnahmen ergriffen werden.
- Unterstützung einer stärkeren Internationalisierung der Hochschulen – vor allem durch mehr Kooperationen mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen innerhalb der Europäischen Union, insbesondere in Skandinavien, aber eben auch mit Hochschulen aus Drittstaaten wie z.B. in Nordamerika oder Asien.
- Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass internationale Spitzenuniversitäten dazu eingeladen werden, Niederlassungen in Deutschland zu gründen.
- Eine stärkere Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, um die vorhandenen Potenziale beim Wissens- und Technologietransfer im Land besser ausschöpfen zu können.

Christopher Vogt
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion